

Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 2019

17-12-2018 von Tina Hofmann

Mehr Mittel für Fort- und Weiterbildung trotz Beitragssatzsenkung; das sieht der Haushalt der BA für 2019 vor.

Der Verwaltungsrat der **Bundesagentur für Arbeit (BA)** hat den **Haushalt für das Jahr 2019** beschlossen. Aufgrund der Beitragssatzsenkung werden die Beitragszahler auf Seite der Betriebe und Arbeitnehmer/-innen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro entlastet. Aufgrund des Qualifizierungschancengesetzes wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung Anfang 2019 um 0,4 Prozentpunkte abgesenkt. Zusätzlich soll der Beitragssatz befristet bis Ende 2022 um weitere 0,1 Prozentpunkte gesenkt werden.

Der Haushaltsplan, der auf Grundlage der vorgesehenen Beitragssatzsenkung errechnet wurde, sieht einen Überschuss von 0,5 Milliarden Euro vor. Die prognostizierte Rücklage liegt bei 24,3 Milliarden Euro.

Für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind im Haushalt im kommenden Jahr rund 10,0 Milliarden Euro vorgesehen. Gegenüber den voraussichtlichen Ist-Ausgaben in 2018 bedeutet dies einen Anstieg um 1,2 Mrd. Euro, wobei insbesondere die Mittel für die Weiterbildungsförderung (von 1,66 Milliarden auf 2,10 Milliarden Euro) aufgestockt werden. Mit leicht verringerten Mittelansätzen bei gleichzeitigem Erhalt des diesjährigen Ausgabenniveaus werden Ausgaben für die Berufsausbildungsbeihilfe und Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen geplant.

Die BA erhöht die Anzahl ihrer Planstellen im nächsten Jahr im SGB III um rund 1100 Stellen, insbesondere um Dienstleistungen für das SGB II (Verstärkung von Inkassoleistungen/Forderungseinzug) zu erbringen und Aufgaben der Familienkassen wahrzunehmen. Der Verwaltungsrat hat zwar am 12. Oktober 2018 beschlossen, die „Beratung vor dem Erwerbsleben“ (LBB) von 2019 bis 2021 in die Fläche zu bringen, allerdings soll dies durch Personalumschichtungen geschehen.

Für den Rechtskreis SGB II ergeben sich bei der BA personelle Umschichtungen etwa zugunsten der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes oder zur Durchführung des Bundesprogramms „rehapro“.